Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 19. Januar 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5989—88. Postscheck Berlin Nr 107101. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Verzinsung. Anzeigenpreis 0,50 Goldmark für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Geschäftsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

19. 1 m Nr. 31 150 Milliarden
63. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Die deutsche Handelsbilanz.

Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers.

Gegenüber falschen Schlußfolgerungen, die von französischer Seite aus der amtlichen deutschen Handelsstatistik auf die wirkliche wirtschaftliche Lage Deutschlands gezogen worden sind, führte Reichswirtschaftsminister Hamm in einer Unterredung mit einem Vertreter des W. T. B. folgendes aus:

„Die amtlichen Veröffentlichungen über die deutsche Handelsbilanz, die für den Oktober und November 1923 einen geringen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zeigt, sind in der Oeffentlichkeit lebhaft besprochen worden. Bei Wiedergabe dieser Ergebnisse ist bereits darauf hingewiesen worden — und das sei nochmals unterstrichen —, daß die Repräsentativität der Statistik infolge des Ruhreinbruchs infolgeren eine nicht unwesentliche Beeinträchtigung erfahren hat, als ein großer Teil des Außenhandels des besetzten Gebiets nicht erfaßt wird. So entzieht sich insbesondere die Einfuhr mancher Ersatzwaren, die über den Westen hereinkommen, der amtlichen Erfassung.

Die Jahresbilanz passiv.

Immerhin läßt sich auch Grund des unvollständigen Materials feststellen, daß im Durchschnitt des Jahres 1923 eine Passivität der Handelsbilanz vorlag, die sich im ganzen auf einige 100 Milliarden Goldmark belaufen dürfte. Erst seit Oktober hat sich die Handelsbilanz aktiv oder doch sehr viel weniger passiv gestaltet als zuvor. Dies hängt damit zusammen, daß die Markregie, die zur Hemmung des Währungsverfalls eingeführt wurden, nämlich die Repartierung des Devisenmaterials und die außerordentlich scharfe Krediteinschränkung, die sich zu einer Art von Zwangssperre steigerte, ebenso wie die harten Sparmaßregeln der öffentlichen Verwaltungen und der gesamten Wirtschaft die Einfuhr drosselten und die Ausfuhr begünstigten. Einige Zeit, daß die auch so nachteilige Zerrung die Kaufkraft der Bevölkerung überflüssig und daher den Verbrauch herabsetzte.

Auf der anderen Seite fand die Ausfuhr zufolge der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse noch unter günstigen Umständen. Gerade im Oktober und November bis Ende Dezember hat sich sondern wirksam gewesen; einerseits ist die Verbrauchsfähigkeit und Einsichtnahme der Lebenshaltung der Bevölkerung bereits deutlich zum Ausdruck gekommen, andererseits aber die Produktionsziffern noch nicht so hoch gewesen wie später. Die durch die amtlichen Ziffern für diese Monate ausgewiesene Aktivität der Handelsbilanz kann jetzt unmöglich nicht als eine Regierungsleistung betrachtet werden.

Wenn es in einer Havasmeldung heißt, man habe in Frankreich schon lange angenommen, daß die deutsche Handelsbilanz aktiv sei, so findet diese Auffassung in tatsächlichen Feststellungen keinen Grund. Jedenfalls aber ist es eine völlig irrig durch den Augenschein widerlegte Auffassung, wenn in dieser Havasmeldung die Aktivität der deutschen Handelsbilanz, als ein Beweis dafür angeführt wird, daß die deutsche Wirtschaft gänzlich sei. Unter den dermaligen Verhältnissen ist aus einer aktiven Handelsbilanz offenbar nicht auf eine besonders günstige Wirtschaftslage und auf Reichtum der deutschen Wirtschaft zu schließen, sondern im Gegenteil darauf, daß die deutsche Wirtschaftslage nunmehr lediglich mit Warenausfuhr die notwendige Einfuhr bezahlen kann. Was sich als Ueberschuß der Ausfuhr ergeben hat, dürfte offenbar zur Bedeckung der Kriegsverpflichtungen, die in der Inflationsperiode entstanden waren. Mit der Stabilisierung der deutschen Verhältnisse nimmt also die deutsche Handelsbilanz den Charakter an, den die Handelsbilanzen aller kapitalschwachen Länder tragen, die gezwungen sind, mit einem Teil ihrer Ausfuhr die Verzinsung und Tilgung ausländischer Kredite zu bezahlen.

Die Verdächtigung der deutschen Währungspolitik.

Wenn die Havas-Meldung weiter sagt, daß Deutschland zurzeit aus Papier eine Goldwährung aufgebaut habe, die mit einer Zeitung Beispiel haben werde, so sind eben die erwähnten Sparmaßregeln der Regierung Beweis für den festen Entschluß Deutschlands, die gegenwärtige Währung unter allen Umständen und allen Schwierigkeiten zum Trotz bis zur Ueberleitung in ein Zauerfystem aufrecht zu erhalten und jegliche Inflation zu vermeiden. Das ist eine Aufgabe, die die volle Kraft der deutschen Regierung und Wirtschaft in Anspruch nimmt. Im übrigen leidet die deutsche Wirtschaft, wie die erschütternden Ziffern und Tatsachen der Arbeitslosigkeit und des Massenelends ergeben, in höchstem Maße unter Kreditschwierigkeiten, so daß sie schon deshalb nicht in der Lage ist, sich mit Spekulationen in Papiern zu befassen. Wenn man in Frankreich Deutschland die Schuld am Frankensturz aufbindet, so liegt demnach hierzu keinerlei Grund vor.

Neue Vorstöße gegen Kahr.

München, 18. 1. Der Verfassungsausschuß des Landtags nahm heute einen Antrag des bisherigen Abgeordneten Dr. Roth auf sofortige Aufhebung des Verbotes sämtlicher Zeitungen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei an. In der Begründung wird unter anderem die Frage einer Aufhebung des Generalstaatskommissariats angeschnitten worden. Wenn sich herausstellte, so bemerkte der Abgeordnete Dr. Hilpert (Bayerische Mittelpartei), daß das Generalstaatskommissariat seine Ziele nicht habe erreichen können, dann müsse man sich fragen, ob nicht andere Mittel angewendet seien. Abgeordneter Held (Bayerische Volksp.) erklärte, er solle nicht bezogen eingewirkten, daß der Ausnahmezustand vom Gesamtministerium durchgeführt werde, wenn dieses dazu in der Lage sei.

Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Aussagen und Verfügungen des Generalstaatskommissars ist nunmehr im Parlament zugegangen. Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages erklärte Staatsminister Schweyer unter lebhafter Bewegung der Linken, daß die Staatsregierung von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissars bisher keine Kenntnis hatte, so sie der Regierung nicht vorgelegt worden seien.

Auf verschiedene Anfragen sagte Schweyer weiter: Die Regierung habe alles Interesse daran, daß im Hitler-Ludendorff-Prozeß volle Klarheit geschaffen werde, sie habe nichts zu verheimlichen.

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 19 Billionen Mark.

Poincaré antwortet Herriot und Reynaud.

Neues Vertrauensvotum.

Paris, 18. 1.

Die heutige Kammersitzung wandte sich wieder den Fragen der auswärtigen Politik zu. Zu Beginn der Sitzung ergriff Poincaré das Wort, um, wie er sagte, auf einige der Punkte zu antworten, die der Abgeordneten Reynaud und Herriot kürzlich aufgeworfen hatten.

Poincaré wendet sich gegen die Ausführungen Herriots, der

die Konferenzen von Paris und London

„als Zwischenakte" bezeichnet hatte, während die Ruhrbesetzung sehr lange vorher beschlossen gewesen sei. Gewiß habe er, Poincaré, seit 1920 zu der Ruhrbesetzung geraten, aber stets gemeint, daß die Besetzung ohne die Mitwirkung der Alliierten nur als eine Art Ausweg anzusehen sei. Er wünsche die Veröffentlichung eines Bandes diplomatischer Akten über die Verhandlungen der alliierten Konferenzen, um zu zeigen, wie sehr Frankreich sich von gemeinsamen Vorgehen bemüht habe. Frankreich habe das seinig, um mit seinen Alliierten einig zu bleiben, wolle aber nicht von regenschmand ins Schlepptau genommen werden. Auch auf der London- und Pariser Konferenz, die „etwas aufregende Aufrauchen gewesen seien, habe er sich nach bemüht, die Teilnahme Großbritanniens an der Ruhrbesetzung zu erreichen.

Poincaré verweist in dieser Beziehung auf

das letzte französische Gelbbuch.

Unser Wunsch, so erklärt er, war es, mit den Alliierten einig zu bleiben. Wenn Herriot mit seine Freunde sich gleich nach für die Ruhrbesetzung ausgesprochen hätten, so sehe er darin eine Art Transaktion zwischen den nicht ganz einigen Freunden Herriots. (Beifall rechts und im Zentrum.) Herriot ruft dazwischen: Die Erklärung stammt ihn. (Lebhafter Beifall links.) Poincaré erwidert, daß es nicht seine Absicht sei, Herriot und seine Partei zu verletzen. Seine Worte seien ganz harmlos gewesen. (Heiterkeit.) Er führt weiter aus, der französische Standpunkt habe seit 1920 eine Wandlung in der Reparationsfrage gefunden. Man könne also die französische Regierung nicht beschuldigen, sie habe unrechtmäßig und übereilt gehandelt. (Beifall.) Damit Herriot „erschöpft" behaupten kann, (Herriot ruft dazwischen: „Erschöpft?" Sie haben mich schon vorhin beleidigt, Herr Ministerpräsident, sprechen sie nicht rechts und im Zentrum, lauter Beifall links.) Poincaré: „Ich wollte ist keiner Weise Herrn Herriot, für den ich die größte Hochachtung habe, beleidigen. (Sehr gut!) Damit habe Herriot „unbeschwert" behaupten kann, wir hätten Großbritannien bezw. Belgien nicht gefragt, mit uns ins Ruhrgebiet zu gehen, so müsse er schon hinzufügen, daß wir bei Jahre lang alles Bemühungen, daß Frankreich und England zusammen gehen, um England zu gewinnen zu sein. (Beifall.) Poincaré bedauert nochmals, daß Herriot „Einzelheiten" über die Alliierten" bereits kurzer nach dem Kriege darüber brochen habe. Die Kritik Herriots treffe alle die englische und nicht die französische Politik (Beifall.)

Auch die Vorwürfe, die Regierung habe nicht zu Sachlieferungen ermutigt, seien ungerechtfertigt. Deutschland habe niemals das von Frankreich angeregte genaue

Programm für die Sachlieferungen

angenommen. Seine Sachlieferungen seien auf dem Wiesbadener Abkommen beruht und seien erfüllt. Er sagte Herriot oder dafür, daß dieses ebenfalls die Rettungsfähigkeit erkannt habe, das Rückgebiet nicht unentbehrlich zu nennen. Er teile nicht den Optimismus Herriots, der es für möglich halte, eine Politik durchzuführen, bei der „beide auseinander Pfänder" ohne „gleiche Pfänder" erlegt werden können. Diese Politik könne allzu leicht dazu führen, daß man den Sperling in der Hand gegen die Taube auf dem Dache vorziehe. (Beifall im Zentrum.) Trotz der Behauptung Herriots sei Belgien in diesen Punkten vollkommen mit Frankreich einig.

Reynaud habe der Regierung vorgeworfen, sie habe Stresemann bei

Einstellung des passiven Widerstandes

nicht genügend Vertrauen entgegengebracht. Warum gibt Reynaud zu leichtsinnig deutsche Versprechungen zu? Die Regierung habe vielmehr alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. (!) Die beweise noch täglich immer Schwierigkeiten (!) und man könne immer noch nicht sagen, daß der Widerstand endgültig aufgehört habe. (!) General Degoutte habe seit kürzlich telegraphiert, die deutsche Regierung scheine sich zu bemühen, die Durchführung der abgeschlossenen Abkommen zu verhindern. (!) Man habe bereits mehr als 60 000 deutsche Eisenbahner entfernt, aber eine kleine Zahl von Beamten seien noch vorhanden. Es sei von Deutschland gefordert worden, Berlin verhindere die Bildung einer rheinischen Emissionsbank.

Frankreich habe nicht an der

Auflösung des Reichs

mitgearbeitet. Clemenceau habe feinerzeit die Auflösung verteten, daß die Deutschen ihr Land unter sich auseinanderleben lassen, um nicht durch die Unterlegung Einzelner in einen Krieg verwickelt zu werden. Frankreich wolle das einzelnen Bevölkerungsgruppen gewährte Freiheit leisten. (!) Der Fall ist die Lage eine ganz andere, als in den übrigen besetzten Gebieten. Der Sozialist Thoy aus Bayrischen, er werde Berlin die Tatsache vor Augen bringen, die die Regierung zwingen würden, den General de Metz zu desavouieren. Poincaré antwortet, er kenne die Argumente dieser Art. Im Gegenteil habe Tirard die Haltung des Generals de Metz gutgeheißen. Die Politik entspreche nicht Berlin, sondern Bayern. (!) Die Sozialisten hatten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener Nationalisten gefordert, Poincaré habe sich hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung, nämlich den Bauern, Handwerkern und kleinen Industriellen gestützt. Die französische Bewegung sei das spontane Werk eingeborener Elemente und aus örtlichen Gründen erwachsen. Eine Kundgebung habe sich trotz des feierlichen Versprechens der deutschen Regierung in Heidelberg geduldet, um Unruhen zu verhindern. (!) Die Vereinigung „Deutschland" habe sich bemüht, Attentate gegen die französischen Separatisten und gegen die Besatzung vorzubereiten. Die politischen Vereine der geschlossenen Organisationen seien als Protestler vorgeschickt worden. Der französische Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission habe die französischen Berichter angewiesen, strenge Neutralität zu bewahren und Unruhen vorzubeugen. Vor dem Attentat gegen Heinz ist die Ruhe auch nicht gestört worden. (?)

Poincaré wendet sich alsdann in scharfen Worten

gegen die Haltung Englands,

wo Lord Curzon „unerträgliche" eine Untersuchung verlangt habe, die im übrigen durch

Verschärfte Militärdiktatur in der Pfalz?

Frankreichs Antwort auf Clives Untersuchung.

m. **Straßburg**, 18. 1. (Eigenbericht.)

Straßburger Handelskreise erklären, von einer Straßburger Persönlichkeit, die im Wirtschaftsleben des Elsaß eine hervorragende Rolle spielt und mit den maßgebenden französischen Kreisen in Paris engste Fühlung unterhält, zu wissen, daß die Franzosen in der Pfalz die Errichtung einer Militärdiktatur in der Pfalz beabsichtigen, um auf diese Weise die Ziel, die Loslösung der Pfalz vom Reich, zu erreichen, nachdem man belondere durch die Ernennte des englischen Generalkonsuls Clive zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß sich der separatistische Regierung in der Pfalz infolge der einmütigen Ablehnung durch die Pfälzer Bevölkerung nicht durchsetzen könnte.

Bei der Führung der französischen Rheinlandpolitik wäre es durchaus möglich, daß dieselbe französische Besatzung, die die Separatisten in die Pfalz gerufen und die dort gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung in den Sattel gehoben hat, nach der für Frankreich ungünstig verlaufenen Enquete des englischen Generalkonsuls Clive die Separatisten fallen läßt und erklärt, daß sie die durch die separatistische Regierung in der Pfalz gestörte Ruhe und Ordnung durch außergewöhnliche Maßregeln, d. h. durch eine Militärdiktatur, wiederherstellen müsse.

Rheinlandkommission und Pfalzfrage

London, 18. 1. (T. U.) Amtlich wird gemeldet: An der gestern in London zusammengetretenen Sitzung der Rheinlandkommission wurde auf den Antrag des englischen Vertreters Lord Kilmanoud die Frage der Verordnung der „autonomen separatistischen Regierung der Pfalz" anfeine Rheinlandvertrag. Gleichzeitig wurde auf Antrag des englischen und belgischen Vertreters für die Kommission das Recht vorbehalten, eine weitere Verordnung der Pfalz vorzunehmen, wenn bis zu dem genannten Datum eine Einigung zwischen den alliierten Regierungen über diese Frage noch nicht erzielt worden sein sollte.

Resolution kommunistischer Pfälzer.

m. Neustadt a. H., 18. 1. (Eigenbericht.) Hier wurde in einer Erwerbslosenversammlung mit etwa 1000 Teilnehmern eine einstimmig angenommene Resolution eingebracht, die die Haltung der kommunistischen Partei der Pfalz prägisiert, und besagt: Die kommunistische Arbeiterschaft der Pfalz wehrt sich gegen die Absicht, ein der Pfalz vom deutschen Wirtschaftsgebiet und somit die vorgeschlagene Bildung eines selbständigen Staates ab. Sie lehnt ferner die sogenannte „autonome Regierung der Pfalz" ab und erklärt, daß sie mit ihren Brüdern rechts des Rheins auf Gedeih und Verderben verbunden zu bleiben will."

★

m. Bergzabern, 18. 1. (Eigenbericht) Das separatistische „Bezirkskommissariat" hat an sämtliche Bürgermeisterämter des Bezirks ein Rundschreiben geschickt, in dem ihnen die Verantwortung für die Folgen einer Nichtausführung dieses Abgesetzten „Bezirkskommissars" angedroht wird. Dieselbe Drohung soll von der gleichen Zentralstelle gegenüber den Gemeinden ausgesprochen, die die ihnen zugestellten Schriftstücke des „Bezirkskommissariats" nicht als rechtsgültig behandeln.

Mannheim, 18. 1. Der vor kurzem zum Teil aufgehobene Straßensperre in Ludwigshafen ist erneut verschärft worden, und zwar auf Anordnung der Rheinlandkommission. Die Sperre unterscheidet wieder von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.

Falscher Havasbericht.

tw. **Köln**, 18. 1. (Eigenbericht.) Zu der heutigen Havas-Meldung über den Besuch der französischen Offiziere in Köln bemerkt die „Kölnische Zeitung", daß die Durchfahrung von Havas, die deutsche Behörde sei von Tag und Stunde des Eintreffens der Franzosen vorher unterrichtet worden, nicht den Tatsachen entspreche. In Köln habe man die französischen Offiziere erst einige Tage später erwartet, als durch das frühzeitige Eintreffen ziemlich überrascht gewesen. Der Kölner Regierungspräsident sei bei den Verhandlungen mit den Franzosen von der Tatsache unterrichtet, daß die Kommission im Namen der Rheinlandkommission befugt sei, Fragen zu stellen, und seine Beamten beantworteten daher alle Fragen frei und offen.

Deutsch-holländischer Milchlieferungsvertrag.

Cleve, 18. 1. (Mtb.) Die deutsch-holländischen Verhandlungen über einen Milchlieferungsvertrag zur Versorgung des rheinischen Industriegebiets durch das Ruhgebiet sind nunmehr zu einem endgültigen Abschluß gelangt. Das vereinbarte Quantum von 150 000 Litern kann zwar vorläufig noch nicht erreicht werden, jedoch sind die Bemühungen, das Quantum zu erhöhen, eingeleitet. Der Vertrag ist unbefristet, die Kündigungsfrist beträgt einen Monat.

Anwesenheit eines französischen Vertreters einen interalliierten Charakter (?) angenommen habe. Der englische Vertreter sei unwillkürlich durch die Erklärungen der französischen Kommissare überrascht worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung habe sich an die Bestimmungen des Versailler „Vertrages" und werde niemals auf ihrer Meinung herumgehen. Noch weniger dürfe Frankreich an „Konzessionen" erst darin, die den besten Gebiete unter seinen politischen Einfluß zu bringen. (?) Zurzeit die „Märchen" seien einfach Schreckbilder für kleine Kinder, und diejenigen, die damit hausieren gingen, rechneten allzusehr auf die Leichtgläubigkeit ihrer Zeitgenossen. (Lebhafter Beifall. Zurufe: Unterbrechung.)

Nach kurzer Debatte in der Kammer erklärte sich Poincaré mit der Tagesordnung Menaults und Brousses einverstanden. Die Vitarität für diese Tagesordnung wurde von der Kammer mit 415 gegen 151 Stimmen bewilligt. Die erste Hälfte wurde mit 445 gegen 122, die zweite Hälfte mit 445 gegen 126 und darauf die gesamte Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Die Sitzung war kurz nach 9 Uhr französischer Zeit zu Ende.

Poincarés Sparsystem.

Begründung vor dem Finanzausschuß der Kammer.

Paris, 18. 1.

Poincaré und Finanzminister De Lafeyrie begründeten heute vor dem Finanzausschuß der Kammer die neuen von der Regierung geplanten Steuerentwürfe. Ueber die Sitzung wurde ein amtliches Protokoll ausgegeben, wonach Poincaré erklärte, daß er bereit sei, für alle getroffenen Maßregeln die volle Verantwortung vor der Kammer zu übernehmen. Poincaré betonte besonders, daß die von der Regierung geplanten Maßregeln keineswegs einen Verzicht Frankreichs auf die „Rechte" gegenüber Deutschland darstellen sollten. Der Finanzausschuß teilte des weiteren fest, daß der ordentliche Etatbalancierung. Die wirtschaftliche Lage des Landes sei befriedigend. Um den Zustand zur Distrebiterung des französischen Franken über Vorwand zu nehmen, wurde beschlossen, durch besondere Maßregeln die Ausgaben des Budgets zu decken, das durch die deutschen Zahlungen zu decken sein würde und das durch die Deutschen gefährdet erscheine. (!)

★

Belgrad, 17. 1. Der jugoslawische Finanzminister hat einen Erlaß an die zuständigen Behörden mit einer Verordnung gewandt, alle die Personen, die auf jugoslawischen Gebiete in französischen Franken spekulieren, zu verhaften beginnen, auszuweisen. Wie berichtet wird, hat die Nationalbank in Belgrad einen bedeutenden Kauf an Franken vorgenommen.

Französische Propaganda im Fernen Osten.

Paris, 18. 1. (Eigenbericht.) Zwischen Frankreich und seinem ehemaligen Besitz Indochina ist unmittelbare drahtlose Verbindung hergestellt worden. Die neue Station befindet sich bei Saigon. Sie steht auf rund 10 000 Kilometer mit Bordeaux in Verbindung. Die Wellen müssen dazu über den Himalaya streichen. Bisher war Frankreich in seinem ostasiatischen Besitz lediglich auf fremde Radiostationen angewiesen. Die neue Station wird nicht nur der Verbindung mit Frankreich dienen, sondern sie soll zum Mittelpunkt eines ganzen Netzwerkes für französische wie fremdes Gebiet werden. Wenn auch in erster Linie wirtschaftliche Interessen damit verfolgt werden, so soll, wie der „Temps" schreibt, damit ein Propagandaland geschaffen werden, der Frankreich den Einfluß im Fernen Osten stärkt und ausbaut.

Abrechnungsdebatte im Unterhaus.

London, 18. 1. (T. U.) Die Abrechnungsdebatte im Unterhause wurde heute fortgesetzt. Der Kriegsminister Thomas verteidigte in einer großangelegten Rede die Politik seiner Partei.

Er erklärte, die Arbeiterpartei möge wohl Fehler begehen, aber er glaube doch, daß, wenn sie die Regierung übernehmen werde, ihre Erfahrung und ihr Verantwortungsgefühl für sie sprechen und daß sie trotz aller Schwierigkeiten mit dem aufrichtigen Wunsche ihrer Arbeit nachgehen werde, England seiner Bürger wert zu machen, die während einer so langen schweren Zeit ihren Patriotismus bewiesen hätten.

Der Schatzkanzler Neville Chamberlain verneinte die Absicht der Liberalen, die Arbeiterpartei in den Sattel zu setzen, deren Pläne den konstruktivsten gegenüberstünden, was der Liberalismus erstrebe. Er appellierte an Ramsay Mac Donald, in dem Fall, daß er die Regierung übernehmen werde, mit dem bestmöglichen Wohlwollen die auf das letzen Reichsfinanzen mit den Vertretern der Liberalen Besprechungen vereinbarten Vorschläge einer innerreichlichen Bevorzugung zu behandeln. Das habe nichts mit dem von Lloyd George vorgeschlagenen Schutzkollarif zu tun.

London, 18. 1. (Eb. T. B.) Die Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ist nach der heutigen Sitzung auf Montag vertagt worden.

Neues Kabinett in Finnland.

Helsingfors, 18. 1. (W. T. B.) Der Reichspräsident beauftragte heute den Reichstagsmann Kallio den Abschied und ernannte ein neues Beamtenkabinett mit dem Oberdirektor der Forstverwaltung, Prof. Cojander, als Ministerpräsidenten und den gegenwärtigen Gesandten in Paris, Gnell, als Reichsminister des Auswärtigen.

Der Reichstag ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen werden auf den 1. April festgesetzt.

Rücktritt des lettländischen Kabinetts

Riga, 18. 1. (S. E.) Das gesamte lettländische Kabinett, an dessen Spitze der Ministerpräsident Meierowitz stand, hat seine Demission eingereicht. Der Staatspräsident hat das Kabinett bis zur Bildung einer neuen Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Der Erfolg der ägyptischen Wahlen.

Kairo, 18. 1. Das Kabinett ist infolge des für Zaghul Pascha günstigen Wahlausgangs zurückgetreten. Der König hat den Premierminister, bis zu seiner Rückkehr nach Kairo am 25. 1. im Amte zu bleiben. Dann wird voraussichtlich Zaghul Pascha mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Rom, 18. 1. (W. T. B.) Das Deutsche Reich und Deutschland 1 200 000 Lire und 50 000 Meter Stoff für Liebesgaben und drei Hektoliter Olivenöl für türkische Kinder übersandt.

London, 18. 1. Lord Curzon hat heute zum ersten Male den neuen türkischen Gesandten in London, Rustu Kemal Bey, empfangen und ihm mitgeteilt, daß die britische Regierung damit einverstanden sei, daß die Beratungen über die Grenzfestsetzungen des Gebietes von Mosul in Kontinuität stattfinden. Großbritannien wird dabei durch Sir Percy Cox, den ehemaligen englischen Oberkommissar im Irak, vertreten sein.

Madrid, 18. 1. (W. T. B.) Die Mörder Dato's, Matas und Nicolau, sind begnadigt worden.

Der Präsident des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der frühere französische Minister Albert Thomas, befindet sich, wie wir hören, zu einem kurzen Aufenthalt in Berlin, um sich mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die Frage des Achtstundentages zu besprechen.

Konferenz der Sowjetunion.

Wirtschafts- und Finanzfragen.

Moskau, 18. 1. (Eb. T. B.)

Am 16. Januar wurde die Konferenz der kommunistischen Partei der Sowjetunion in Anwesenheit von 350 Delegierten im Kreml eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen: Die Lehren Lenins für die Wirtschaftspolitik, Organisationsfragen der Partei und die internationale Lage. Unter den Mitgliedern des einleitung gewählten Präsidiums befinden sich: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Stalin, Bucharin, Rykow, Kalinin, Krupskaja und Lenin.

In der Eröffnungsrede führte

Kamenew

aus: Die vorangegangene lebhafte Diskussion in der russischen kommunistischen Partei hat bei unseren Feinden allerlei phantastische Hoffnungen erweckt, nun sieht aber jeder, daß die Partei geschlossener denn je dasteht und daß ihre überwältigende Mehrheit eine bestimmte Linie verfolgt, die seit zehn Jahren ausschlaggebend für den Aufbau der Sowjetrepublik ist. Die Partei bleibt Lenins Erbe unabänderlich treu. Sie bleibt einig.

Der Referent für Wirtschaftsfragen

Rykow

stellte fest, daß 90 % der Parteiinitiative die Resolution des Zentralkomitees über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik gutheißen, in der das Wirtschaftsbündnis zwischen Stadt und Land im Vordergrund steht. Er erklärte: Die im Herbst des Vorjahres aufgetretene teilweise Mißernte war eine Krise des Getreidebeisaufbaus, welche die Kaufkraft der Bauernschaft und dadurch auch den normalen Ablauf der Industrieerzeugnisse beeinträchtigte. Sie wurde zu einem erheblichen Teil durch die unrichtige Preispolitik hervorgerufen. Die nächsten Aufgaben des Finanzwesens sind: Vollendung der Finanzreform durch Einführung einer vorläufigen Valuta, die bereits in Form des Tschermonetz, 1/4 des Goldumlaufs beträgt, und durch Ausbau der Goldreserve. Die wichtigste Aufgabe der Außenhandelspolitik besteht darin, konkurrenz der Handelsbilanz aktiv zu gestalten.

Nach längerer Diskussion, an der alle prominenten Mitglieder der kommunistischen Partei teilnahmen, beschloß die Parteikonferenz einstimmig, die wirtschaftspolitischen Richtlinien des Zentralkomitees zu billigen. Die Opposition gab ihre Gegenvorschläge zurück.

Moskau, 18. 1. Die Russischen über die Zusammenkunft Lenins mit Bonar Law dementiert. Trotzki sei auf Gebeiß seiner Aerzte nach dem Süden gereist.

★

Der transkaukasische Rätekongreß hat beschlossen, das autonome Gebiet Nachtschawan zu einer autonomen Sowjetrepublik zu erklären und unter das Protektorat der benachbarten Sowjetrepublik Aserbaidschan zu stellen.

Ein Fragebogen für Reichsbankpräsident Schacht.

Paris, 18. 1. (Eb. T. B.) Es wird bestätigt, daß Reichsbankpräsident Schacht am Montag zum ersten Male einer Sitzung des ersten Sachverständigenkomitees beiwohnen wird. Die Meldung des „Temps", er werde in Begleitung von Staatssekretär Bergmann eintreffen, ist unrichtig. Staatssekretär Bergmann weilt bereits seit mehreren Tagen in Paris. Dem „Temps" zufolge haben heute vormittag offizielle Besprechungen zwischen einigen Mitgliedern des Sachverständigenkomitees über die Liste der Schacht vorzulegenden Fragen stattgefunden.

Die Reparationskommission hat sich in einer offiziellen Sitzung heute vormittag u. a. mit den Vorbereitungen für den Zusammentritt des zweiten Sachverständigenausschusses am kommenden Montag beschäftigt.

Botschaftsrat v. Hoesch bei Stresemann.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, hatte heute eine mehrstündige Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann. Herr v. Hoesch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Tägl. Geld	4 %	4 %	Amsterd.	37,19	37,10
Berlin	21 1/2 U. 14 U	21 1/2 U. 14 U	Brüssel	—,—	17,29
London Sichtkurs	4,84 1/2	4,84 1/2	Kopenh.	17,82	17,78
mittagsp.			Prag	2,91	2,91
London			Rom	—,—	4,37
Lond. Tr.	4,84,00	4,54,62	Schweiz	—,—	12,77
Lond. Sht.	4,21,00	4,21,50	Wien		
Paris	4,50	4,63	Amst.	62 1/2	63 1/2
Brüssel	4,39	4,39			

New York, Produktenmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Kaffee Santos	10 1/2	10 1/2	Eisen	22,75	22,75
„ Rio	9,94	9,94	Weizenmehl	5,50	5,50
„ Flor.	9,64	9,54	Schmalz	13,12 1/2	13,12 1/2
„ Juli	9,49	9,39	Zucker	8 1/2	8
Zucker	3,29	3,29	Kupfer	11,50	11,50
„ Dezbr.	9,19	9,09	Zinn	41,29	41,26
Kupferpreis	13,20	13,10	Petroleum	17,15	17,15
„ Jan.	32,70	32,65	„ Tanks	7,00	7,00
„ März	33,00	32,95	„ Raff. nw.	14,00	14,00
„ Mai	33,25	33,13	„ Dest. bel.	5,75	5,75
„ Juli	32,20	32,07	Benzin Mitr.	4,75	4,75
Baumwolle	19,000	30,000	„ Gas	4,82	4,81
August	12,25	12,4	Terpentin	105,00	103,00
Mai	8,67	8,64	Kaffee	58,25	58,75
Jan.	6,45	6,42	Baumw. Ob.	33,35	33,25

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen, rot	122 1/4	123 1/4	Rohr. Ib.	5,00-5,50	5,00-5,50
Korn	125	125 1/4	Kartf. Exp.	3 sh 1 d	3 sh 1 d
Hafer	92 1/4	93 1/4	Kaffee	15 cts.	15 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen Mai	106 1/8	106	Schweine März	11,72 1/2	11,82 1/2
Juli	106 1/8	107 1/4	Rippen Januar	9,95	10,00
Mais Mai	78 1/2	79 1/2	Talg	9,87 1/2	10,00
Juli	79 1/4	80 1/4	Schmalz Januar	6,75	6,85
Hafer Mai	47 1/4	47 1/4	Schweine, Leichte	7,15	7,35
Juli	45 1/4	46 1/4	Schweine, schwere	7,10	7,35
Roggen Mai	74 1/4	74 1/4	Schweine, Packing	7,25	7,20
Juli	74 1/4	75 1/4	Zufuhren	36 000	70 000
Schmalz Mai	11,82 1/2	11,95	Zufuhren	169 000	146 000

Hochdruck.

Von

Siegfried Hartmann.

Gestern und heute tagen in Berlin auf Einladung des Vereins Deutscher Ingenieure und anderer führender technischer Vereine zahlreiche Praktiker und Wissenschaftler, um eine für unsere deutsche Wirtschaft und damit für die Gesamtheit unseres Volkes außerordentlich wichtige und interessante Frage zu behandeln: die Druckfeuerung in Dampfbetrieben.

Schon vor Jahr und Tag konnten, wir unsere Leser davon unterrichten, daß Versuche im Gang sind, die Dampfbrennung in Dampfkesselbetrieben erheblich zu steigern, und zwar von dem jetzt üblichen Wert von etwa 15 Atmosphären Druck mit riesenem Sprung auf 60, ja auf 100 Atmosphären.

Das ist keine rein technische Angelegenheit. Bedeutet diese Druckfeuerung doch praktisch nichts anderes als eine bedeutende Erhöhung der Wirtschaftlichkeit unserer Energieversorgung. In unserer am Sonntag erschienenen Beilage „Kohl und Stoff" wurde wir hierüber weitere Einzelheiten veröffentlichen, aus denen hervorgeht, daß mit bedeutend weniger Kohle die gleiche Leistung zu erzielen ist.

Wir wissen, sollten es wissen, daß die ganze Kultur und Wirtschaft der in der gemäßigten Zone lebenden Kulturvölkern heute ausschließlich der Wärmelieferung auf der Ausnutzung der Kohle beruht. Wir kennen zurzeit kein anderes Mittel, um auch nur die ein unserem Klima für Leben und Arbeit erforderliche Heizung zu betreiben. Geben wir doch rund 22 % des deut